

publik“ (1962) gewürdigt wird. Bracher wie Sontheimer sind mit ihren bahnbrechenden Studien zunächst auf den entschiedenen, karrieregefährdenden Widerstand der Historikerelite gestoßen, konnten sich nur in der Politikwissenschaft etablieren. Umso bedauerlicher ist, dass sich die heutige Politikwissenschaft an diese nicht nur wissenschaftlich, sondern auch politisch epochalen Leistungen ihrer bundesrepublikanischen Gründer und deren Schüler kaum mehr erinnert. So verdient die geschichtswissenschaftliche Studie Sebastian *Ullrichs* auch die Aufmerksamkeit unseres Faches.

Wilhelm Bleek

Internationale Beziehungen

Franke, Ulrich. *Die NATO nach 1989. Das Rätsel ihres Fortbestandes*. Wiesbaden. VS Verlag für Sozialwissenschaften 2010. 337 Seiten. 49,95 €.

Ulrich Franke fragt nach den „Bedingungen der Möglichkeit des Fortbestands des atlantischen Bündnisses,“ (11) die er durch eine „von innen nach außen operierende Vorgehensweise“ (14) ermitteln möchte. Auf diese Weise schlägt er eine alternative Forschungsstrategie zu der sogenannten Subsumtionslogik vor, bei der der Forschungsgegenstand lediglich in vorab formulierte und von außen herangetragene Analysekategorien eingeordnet wird. Die neue Strategie auf der Grundlage der Methodologie objektiver Hermeneutik eröffne die „Aussicht auf neue Erkenntnisse“ (55) und Überraschungen. Als Ergebnis findet *Franke*, dass der Fortbestand der NATO von verschie-

denen Bedingungen abhängig sei. Dazu gehöre insbesondere die Grundlage „eines avantgardistischen Selbstverständnisses als wirksame Alternative zu den Vereinten Nationen.“ (317) Weiterhin müssten sich die Partner über zahlreiche Details ständig neu einigen. Diese Notwendigkeit bilde immer wieder den Schlüsselkonflikt. Ein Mangel an Einigkeit führe rasch zu „Identifikationsproblemen der Partner mit dem Bündnis, die in dessen Selbstblockade münden könne.“ (317) Der Vorrat an Gemeinsamkeiten bestehe vor allem aus „einem Bewusstsein ihrer gemeinsamen Vergangenheit, einer tendenziell religiös gefärbten Sichtweise auf die Welt [...] sowie aus einem gewissen Sendungsbewusstsein.“ (318) Zudem teilten die NATO Mitglieder das Ziel kollektiver Verteidigung, einer Art von Sicherheit, welche die „Gewährleistung eines ganzen Lebensmodells“ (318) in den Blick nehme. Zur Steigerung ihrer Legitimität habe die NATO einerseits das Aufgabenspektrum und die Mitgliederbasis erweitert und andererseits die Flexibilität der internen Macht- und Entscheidungsstrukturen gestärkt. Der Fortbestand der Allianz sei „in hohem Maße davon abhängig, ob sich die Mitglieder bei den meisten Sachfragen über zahlreiche Details einigen können.“ (319) Dieser Befund möge zwar trivial anmuten, sei jedoch deshalb überraschend, weil er im latenten Widerspruch zu dem herausragenden Selbstbild und der Gestaltung des Verhältnisses zur UN stehe.

Das Ergebnis gibt allerdings kaum Auskunft über die Bedingungen für den Fortbestand der NATO, zumal *Franke* selbst in einer Fußnote vermutet, dass die Selbstaflösung der UNO – und damit der Konflikt mit der

NATO als Bedingung für den Fortbestand der Allianz – keine Änderung bewirken würde. Insofern fördert die Arbeit kaum neue Erkenntnisse zutage, die über den bisherigen Forschungsstand hinausgehen. *Franke* identifiziert nicht wirklich Bedingungen für den Fortbestand, sondern eher das Rechtfertigungsnarrativ des Bündnisses. Der Fortbestand selbst wird gar nicht definiert. Implizit liegt der Arbeit deshalb die Theorie zugrunde, dass die NATO dann zerfalle, wenn die Allianz sich nicht mehr rechtfertige. Ob dieses dünne Ergebnis aus der sehr eingehenden Analyse von fünf NATO Dokumenten den gesamten Aufwand rechtfertigt, mag man bezweifeln.

Die bedeutsamere Leistung von *Franke* ist, die Methodologie der objektiven Hermeneutik in die Internationalen Beziehungen übertragen zu haben und auf diese Weise Interpretationen methodisch zu fundieren. Dabei geht es um „die Rekonstruktion der latenten Sinn- und objektiven Bedeutungsstrukturen, die [...] subjektiven Sinn überhaupt erst ermöglichen“. (53f.) Es wird beansprucht, „den Gegenstand in der Sprache des Falles und nach Möglichkeit ohne die Verwendung von Vorwissen von innen her aufzuschließen und ihn nicht unter vorgefertigte, von außen an ihn herangetragene Kategorien zu subsumieren.“ (54) *Franke* bereitet in Kapitel 3 die grundlegenden Verfahrensweisen dieser Interpretationsmethoden systematisch auf, die sich zum Beispiel hinter Sequenzanalyse, Aufrichtigkeitsprinzip oder Wörtlichkeitsprinzip verbergen. Auf diese Weise entsteht methodische Transparenz.

Diese Transparenz ermöglicht zwar intersubjektive Nachprüfbarkeit, feilt den Autor aber nicht dagegen, seine eigenen Regeln zu verletzen. So beschränkt

er den Untersuchungsgegenstand auf das Handeln der NATO als NATO und schließt damit Handlungen der einzelnen Mitglieder aus. Dennoch bezieht er den NATO-Vertrag als erstes der fünf untersuchten Dokumente in seine empirische Analyse ein, denn der Kontrakt gelte als Gründungsurkunde und stelle das „erste Ergebnis von Handeln dar, das der NATO als Nato zuzurechnen ist.“ (109) Im Text des Vertrages selbst, das *Franke* in Kapitel 5 eingehend untersucht, wird an mehreren Stellen (131, 140-147, 156-158) darauf hingewiesen, dass die Parteien und nicht die NATO als NATO den Vertrag geschlossen haben. *Franke*s Analyse spart außerdem die Tatsache aus, dass der Vertrag von den Gründungsmitgliedern unterschrieben wurde. Diese Vorgehensweise widerspricht dem Totalitäts- und dem Wörtlichkeitsprinzip der objektiven Hermeneutik, wonach der Forscher keine Textbestandteile auslassen, aber auch keine hinzufügen darf und einen Text wörtlich auszulegen hat (69f.).

Ein zweites Problem ist, dass verschiedene Wörter wie *jointly*, *mutual*, *in concert* oder *collective* nicht nur synonym ausgelegt werden, sondern als Indizien für eine Form der Vergemeinschaftung gewertet werden, wenn es heißt: „Da sie stets bedingungslos ethisch geboten ist, übersteigt Hilfe alles vergesellschaftlichte Handeln und verweist auf die Logik von Vergemeinschaftung.“ (145) Dabei übersieht *Franke*, dass diese Wörter zumindest an einigen Stellen unmittelbar mit dem Zweck der höheren Wirksamkeit (*effectively*) verknüpft sind. Hilfe ist deshalb nicht bedingungslos ethisch geboten, sondern verfolgt einen explizit genannten Zweck. Für die behauptete

ethische Bindung lässt sich hingegen kein Textbeleg finden.

Die Unterscheidung von Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung verweist schließlich auf ein grundsätzliches Problem, weil der Autor damit die Logik der Rekonstruktion verlässt und Zuflucht in der Subsumptionslogik sucht. In einem Exkurs entwickelt *Franke* diese Unterscheidung mit Rückgriff auf Tönnies, Weber, Simmel, Durkheim und Oevermann. Bei der empirischen Analyse trägt er dann diese Unterscheidung von außen an die zu untersuchenden Texte heran, anstatt sie von innen her aufzuschließen. Offenkundig sind die beiden Logiken nicht derart antagonistisch, wie *Franke* Glauben machen möchte. Dies ergibt sich schon bei der Erläuterung der objektiven Hermeneutik, wenn es etwa heißt, dass „Texte [...] in eine Ordnung gebracht werden [...]“ (55) oder „es werden möglichst vielfältige hypothetische Antworten [...] entworfen, welche Handlungen [...] sinnvoll und regelgeleitet angeschlossen werden können.“ (64) Woher diese Ordnungen oder Hypothesen stammen, bleibt leider unbeantwortet.

Auch dieses Problem bleibt in der empirischen Analyse nicht folgenlos, denn man vermisst die Rekonstruktion von Handlungsregeln aus dem NATO-Vertrag, die auf jene Passagen der geographischen und politischen Selbstbeschränkung oder auch der dienenden Rolle der NATO hinweisen. Somit ist der sinnvolle und regelgeleitete Anschluss von Handlungen unvollständig geblieben.

Insgesamt betrachtet ist dieses Buch ein sehr ambitionierter Versuch, eine neue Methodologie in die Internationalen Beziehungen einzuführen. Es bietet dafür sehr nützliche Hinweise und

zeigt beispielhaft das empirische Vorgehen auf. Dennoch sind erhebliche Zweifel angebracht, ob das erzielte Ergebnis den hohen Aufwand rechtfertigt und ob die Umsetzung immer widerspruchsfrei gelungen ist.

Christian Tuschhoff

Riescher, Gisela (Hrsg.). *Sicherheit und Freiheit statt Terror und Angst. Perspektiven einer demokratischen Sicherheit*. Baden-Baden. Nomos Verlagsgesellschaft 2010. 298 Seiten. 39 €.

Dass zuweilen zwischen Sicherheit und Freiheit in der Politik ein Spannungsverhältnis besteht, ist wohl nicht erst seit den Anschlägen des 11. September 2001 bekannt. In der Bundesrepublik wurde dies zuletzt nach diesen sowie den Anschlägen in Madrid und London einer breiteren Öffentlichkeit bewusst. Und sowohl Otto Schily als auch Wolfgang Schäuble haben bisweilen auf rechtsphilosophische Argumente zurückgegriffen, um die jeweils anstehenden Gesetze auch normativ begründen zu können. Demokratietheoretische Begründungen für die in der jüngsten Vergangenheit verabschiedeten Sicherheitsgesetze oder auch politologische Reflexionen auf Basis demokratietheoretischer Konzepte sind dagegen bis heute recht selten. Diese Lücke in der aktuellen Literatur versucht der von *Gisela Riescher* in der Reihe der „Freiburger Studien des Centre for Security and Society“ herausgegebene Sammelband zu füllen.

Das Buch selbst unterteilt sich in drei große Abschnitte. Im ersten Kapitel – „Terroristische Bedrohung und demokratischer Staat“ – wird zunächst von *Riescher* selbst das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit in der politischen